



Bürgerbewegung pro Köln e.V.

pro Köln – Postfach 99 01 33 - 51083 Köln

Manfred Rouhs

Pressemitteilung

Telefon: 01 72 / 23 20 792

Bitte der Redaktion vorlegen!

Telefax: 0221 / 420 11 08

info@pro-koeln.org

Köln, den 06.09.2006

CDU-Politiker will pro-Köln-Flugblatt verbieten lassen

Wie der WDR im Internet meldet, will der stellvertretende Bürgermeister des Kölner Stadtteils Ehrenfeld, Jörg Uckermann (CDU), mit einer Strafanzeige verhindern, daß pro Köln ein Flugblatt weiter verbreiten kann, das sich mit der Frage beschäftigt, ob einer der beiden kürzlich festgenommenen Bahn-Bomber zum Umfeld der DITIB-Moschee an der Venloer Straße Ecke Innere Kanalstraße gehörte. „In diese Moschee ging er zum beten“, schlagzeilte die Kölner Ausgabe der „Bild“-Zeitung am 23. August und zeigte dazu ein Foto der DITIB-Moschee. Das Blatt zitierte zudem einen ortskundigen Bürger mit dem Satz: „Er ging mit seinem Freund ständig in die Moschee.“ Pro Köln hat mit einem schwerpunktmäßig in Ehrenfeld verbreiteten Flugblatt (auf der Internetseite www.pro-koeln.org als PDF-Datei abrufbar) die Öffentlichkeit über diesen Zusammenhang informiert.

Die Aufklärungsarbeit der Bürgerbewegung scheint Teilen der Kölner CDU ein Dorn im Auge zu sein. Sie scheuen offenbar einen unvoreingenommenen Blick auf die Fakten im Zusammenhang mit der Diskussion um den geplanten Ausbau der DITIB-Moschee zu einem Prunkbau mit Kuppel und 55 Meter hohem Minarett, dem die CDU-Ratsfraktion bereits zugestimmt hat. Dazu erklärt der Geschäftsführer der Fraktion pro Köln, Manfred Rouhs:

„Die Demokratiefeindlichkeit der Kölner CDU müßte eigentlich ein Fall für den Verfassungsschutz sein - aber da ja die Partei in Land und Bund an der Regierung beteiligt ist, kommt eine geheimdienstliche Überprüfung ihrer Verfassungstreue selbstverständlich nicht in Frage. Uckermann & Co. wollen verhindern, daß die Ehrenfelder Bürger unvoreingenommen über alle Fakten im Zusammenhang mit dem geplanten Bau der Groß-Moschee informiert werden. Indessen ist es in Deutschland jedermanns gutes, grundgesetzlich verbrieftes Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren. Genau das hat auch pro Köln getan - und daraus die nötigen Konsequenzen gezogen.

Selbstverständlich werden wir das umstrittene Flugblatt weiter verbreiten. Und wir lassen derzeit die Möglichkeit rechtlicher Schritte gegen Herrn Uckermann prüfen, der irreführend den Eindruck zu erwecken versucht, der Inhalt unseres Flugblattes sei volksverhetzend.“

verantwortlich: Bernd M. Schöppe

Diese Pressemitteilung ist als PDF-Datei abrufbar unter www.pro-koeln-online.de